

Buenos Aires. Seit Wochenbeginn streiken weite Teile der Dozenten der staatlichen Universitäten, um ihrer Forderung nach Gehaltserhöhungen Nachdruck zu verleihen. Initiiert wurde der Ausstand von den beiden größten nationalen Dozentengewerkschaften Conadu Histórica und Conadu. Sie haben dazu aufgerufen, mit kleinen Unterbrechungen bis Ende März zu streiken. Von **Stephan Hollensteiner**.

Die Gewerkschaften beklagen einen großen Rückstand bei zugesagten Gehaltserhöhungen und fordern die Umsetzung des Universitätsfinanzierungsgesetzes. Dieses wurde im August 2025 vom Nationalkongress verabschiedet und sieht ein größeres Budget für den Betrieb aller Universitäten sowie an die Inflation gekoppelte zweimonatliche Gehaltserhöhungen für alle Dozenten vor. Die Regierung des Staatspräsidenten Javier Milei lässt das Gesetz juristisch anfechten und hat per Dekret die Umsetzung ausgesetzt.

Die Dozenten der meisten staatlichen Universitäten des Landes haben ihre Teilnahme am Streik bestätigt, u.a. in Córdoba, La Plata, Rosario, Salta und Tucumán sowie in Chaco Austral, Entre Ríos und im Nordosten. Auch die Lehrenden der Nationalen Technologischen Universität mit 30 Standorten im ganzen Land sind dem Ausstand beigetreten.

Das Lehrpersonal der größten Universität im Land, der Universidad de Buenos Aires, hat einen unbefristeten Streik ausgerufen, bis die im Universitätsfinanzierungsgesetz vorgesehene Gehaltserhöhung von (bis jetzt) 55,4 Prozent umgesetzt sei. Darüber hinaus legten sie einen Bericht zur Gehaltsentwicklung vor. Demnach liegen die Reallöhne aktuell um 35,6 Prozent unter dem Niveau von November 2023 und damit „auf einem historischen Tiefstand“. Laut Laura Carboni, Generalsekretärin der Gewerkschaft der UBA-Dozenten, wurden seit November 2023 „für jeweils drei gearbeitete Monate nur zwei bezahlt“. „So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen eine koordinierte Maßnahme, die dem Angriff der Regierung auf die Universitäten ein Ende setzt“, so Carboni.

Auch Studierendenorganisationen unterstützen den Streik. Die Jurastudentin Victoria Liascovich, Sprecherin der Studentenbewegung Falta Envido, betont: „Das Finanzierungsproblem der Universitäten ist eine von der Zentralregierung herbeigeführte Strategie, denn ein verabschiedetes Gesetz wird von der Exekutive ignoriert.“ Ihre Anklage lautet: „Statt die staatlichen Universitäten zu schließen, versucht man, ihnen die Mittel zu entziehen und ihr Angebot schleichend zu beschneiden.“

Rocío Gómez von der Gruppe Somos Libres, der Universitätsfront der konservativen Regierungspartei La Libertad Avanza, verteidigt die Forderung, die Universitätsstrukturen und Berufungspraxis von Professoren zu überprüfen. Sie kritisiert zudem die Kosten und „Ineffizienz“ der Ausgaben. 85 Prozent des Universitätsbudgets fließen in die Gehälter der

Dozenten, der größte Teil davon in Lehrveranstaltungen für die beiden ersten Studienjahre – dennoch brechen fast 50 Prozent der Studierenden das Studium im ersten Jahr ab.

Beide Studierendenvertreterinnen waren sich daher einig, dass das aktuelle System die schwächsten Gruppen ausschließt, wofür es alarmierende Daten gibt: „Heute werden nur 13 Prozent der Kinder aus einkommensschwächsten Bevölkerungsschichten zugelassen, und nur sechs Prozent schließen ihr Studium ab.“ Ein kostenloses Studium allein garantiert keine soziale Mobilität, wenn es nicht mit angemessenen Betreuungsstrukturen einhergeht.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Amerika21](#).

Titelbild: Fabricio Nicolas Fischer / Shutterstock